

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 155 (1989)
Heft: 3

Anhang: Die militärstrategische Lage Europas : die Fakten und die Wünsche
Autor: Brunner, Dominique

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 15.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die militärstrategische Lage Europas – die Fakten und die Wünsche

ERSCHLOSSEN

MF. 353 / 156

**Oberst i Gst
Dominique Brunner**

«Im Verlauf der Geschichte hat der politische Einfluss der Nationen etwa ihrer militärischen Stärke entsprochen»

(Henry Kissinger, Memoiren, Band I)

Die nüchterne, im Rückblick unwiderlegbare Aussage eines der bedeutendsten strategischen Denker der Gegenwart stösst auf Zweifel oder offenen Widerspruch. So kann ins Feld geführt werden, Japan etwa sei doch eine einflussreiche Nation, deren Einfluss jedoch eindeutig nicht militärischer Macht, sondern einem enormen wirtschaftlichen Potential zuzuschreiben sei. Auch ist zu hören, dass das wirtschaftlich integrierte Europa über Einfluss verfüge, unabhängig von seinen in verschiedener Hinsicht begrenzten militärischen Möglichkeiten. Und es liesse sich darauf hinweisen, dass die in punkto militärische Macht, aufs Ganze gesehen, wahrlich niemandem nachstehende Sowjetunion wegen ihrer erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten niemals den Einfluss auszuüben in der Lage ist, den ihr diese militärische Macht unter anderen Umständen verliehen hätte. Aus derselben – einseitigen – Betrachtungsweise erklärt sich auch die Kritik, die europäische Wirtschaftssachverständige namentlich während der ersten Administration Reagan an der amerikanischen Rüstungspolitik wegen deren budgetärer und generell wirtschaftlicher Konsequenzen übten. Erst recht wird, jedenfalls implizit, die weitere Gültigkeit der einleitend zitierten Aussage in Frage gestellt, wenn die Rede ist von der sich abzeichnenden Zukunft. In pointierter Formulierung wird diese als die Phase «nach dem Dritten Weltkrieg» charakterisiert, in der es auf ganz anderes als

die crude Gewalt ankommen werde. Mit diesem «Dritten Weltkrieg» sind die rund vier Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg gemeint, die im Zeichen des Ost-West-Gegensatzes standen – eine Art nicht erklärten Kriegszustandes zwischen der Sowjetunion einerseits, den Vereinigten Staaten andererseits und deren europäische und aussereuropäische Verbündete oder Freunde, dessen hauptsächlichliche Schauplätze Europa, der Mittlere Osten sowie Asien waren.

Diese Auseinandersetzung wurde nur teilweise, wenn auch vielfach mit beträchtlichen Folgen, in der Form des eigentlichen Krieges, nämlich der «lutte armée et sanglante entre groupements organisés», wie der Krieg am zwingendsten definiert wird (Gaston Bouthoul), ausgetragen. So wichtig Verlauf und Ausgang etwa des Koreakrieges, des Vietnamkrieges, des afghanischen Feldzuges der Sowjets und der Kämpfe zwischen Israel und seinen Nachbarn waren, diese Auseinandersetzung wurde insbesondere in der Form des indirekten Krieges, als «paix-guerre» (General André Beaufre) geführt und wies denn auch ihr charakteristisches Merkmal auf: der indirekte Krieg ist «d'un emploi constant», dies im Unterschied zum Krieg im hergebrachten Sinn, zum «Schiesskrieg», der einmal erkennbar anfängt und irgendeinmal ebenso aufhört. Diese Phase ginge, nach dieser Deutung, nun zu Ende, und zwar mit der Niederlage der Sowjetunion und ihrer Gefolgschaft. Es ist ein kleiner Schritt, den manche gerne tun werden, von dieser Interpretation ausgehend zu schliessen, der bisher beherrschende, durch die vorhandenen Waffen, namentlich die nuklearen, massgebend beeinflusste Konflikt sei beendet, und entsprechend sinke die Bedeutung der militärischen Faktoren in entscheidender Weise.

Herausgegeben vom «Verein zur Förderung des Wehrwillens und der Wehrwissenschaft», Postfach 65, 8024 Zürich

Beilage
zur «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift»
ASMZ Nr. 3/1989

Die neue sowjetische Führung

Dieser Perzeption – und den daraus abgeleiteten Folgerungen – liegt wohl einiges, aber vor allem eines zugrunde: das nämlich, was in der Sowjetunion seit dem Machtantritt des neu zum Präsidenten gewählten Generalsekretärs der KPdSU, M. Gorbatschow, in Gang gekommen ist. Damit verbunden ist natürlich die Feststellung des Fiascos des sowjetisch-kommunistischen Programmes – ein Faktum, welches Gorbatschows Politik bestimmt.

Eine weitere Feststellung ist in diesem Zusammenhang durchaus bedeutsam, und sie soll daher hier eingeschoben werden. Es muss darauf hingewiesen werden – und es sollte Konsequenzen haben –, dass zurzeit gerade diejenigen am unbekümmertsten weitreichende Folgerungen aus den programmatischen und auch propagandistisch angelegten Erklärungen des Generalsekretärs ziehen und insbesondere den Westen zur Verringerung seiner militärischen Bereitschaft auffordern, die in der Vergangenheit Weltkommunismus und Sowjetmacht unrealistisch und mit viel Wohlwollen beurteilten und die immensen Rüstungsanstrengungen der Sowjetunion unter Breschnew und seinen unmittelbaren Nachfolgern stets herunterspielten, ja als amerikanische Erfindungen abzutun versuchten. Alle diese Leute sind durch die heutige Kritik der von ihnen stracks als rückhaltlos friedliebend dargestellten neuen sowjetischen Führung an Breschnew widerlegt und disqualifiziert worden. Was hält wohl Gorbatschow von Willy Brandts rührender Erklärung auf dem Höhepunkt der Agitation gegen den Nachrüstungsbeschluss der NATO 1981 – im Anschluss an einen Besuch beim sowjetischen Führer in Russland –, Breschnew «zitterte um den Frieden»? Und wie ist es möglich, dass einige Medien die Meinung von Leuten in der hier debattierten Frage einholen und als repräsentativ darstellen, die in den frühen 80er Jahren die Parolen der famosen «Friedensbewegung» übernahmen und die NATO wegen ihres Nachrüstungs-

beschlusses angriffen, ohne den es den Vertrag vom 8. Dezember 1987, den beidseitigen Verzicht auf alle landgestützten ballistischen Lenk- waffen mittlerer Reichweite, offenkundig nicht gegeben hätte? Jene, die über lange Zeit die sowjetische Überrüstung bestritten haben, die die Entspannungseuphorie der 70er Jahre geteilt und geschürt haben, die begründete Rüstungsmassnahmen der NATO und des Westens insgesamt bekämpft haben, haben ganz eindeutig den Anspruch darauf verwirkt, in diesen Fragen ernstgenommen zu werden.

Doch bleibt die Tatsache, dass im riesigen, im Verlauf von mehr als zwei Jahrhunderten mit militärischen Mitteln geschaffenen und gesicherten russischen Reich Veränderungen angestrebt und teilweise auch angebahnt werden. Und das ist relevant. Unter dem Gesichtspunkt legitimer westeuropäischer sicherheitspolitischer Interessen ist dabei zweierlei wesentlich: Ob die Natur des Regimes ändern wird und kann, welches im Zeichen der Absicht entstand, die Weltrevolution zu fördern und in alle Welt zu tragen, und welches, in den Fusstapfen der Zaren, eine gewaltige Landmasse, von Wladivostok bis nach Mitteleuropa reichend, unter seine Kontrolle gebracht hat und hält.

Und zweitens, im Zusammenhang damit, ob das militärische Potential der Sowjetunion – als Ergebnis von Verhandlungen mit den Westmächten und/oder durch einseitiges Vorgehen – so redimensioniert wird, dass das jedem Staat zu- zuerkennende, realistisch beurteilte Sicherheitsbedürfnis befriedigt, nicht jedoch eine nachweisbare materielle Angriffsfähigkeit gesichert wird.

Bisherige Folgen des «neuen Denkens» unter Gorbatschow

Bis zum 7. Dezember 1988 konnte man in bezug auf die letztgenannte Frage nur feststellen, dass die neue sowjetische Führung wohl allerhand ermutigende Erklärungen abgegeben, einige bedeutsame Geständnisse abgelegt und in zwei Fällen tatsächlich gehandelt hatte. So wurde,

mehr oder weniger offen, zugegeben, dass es bei den in Europa stehenden und in Europa einsetzbaren konventionellen Streitkräften Asymmetrien gibt. Der vor kurzem zurückgetretene Generalstabschef Akhromeyev hat überdies im Januar 1988 gemäss der «Military Balance» des International Institute for Strategic Studies zugegeben, was man im Westen schon seit langem annahm: dass das offizielle sowjetische Militärbudget nur einen Teil der effektiven Aufwendungen für die Streitkräfte offenlegt, die Ausgaben für Personal, Vorräte, Bauten und für Unterhalt, nicht jedoch die massiv ins Gewicht fallenden Posten für Forschung, Entwicklung und Waffenbeschaffung umfasst. Damit erfährt die Feststellung einer Publikation der deutschen Bundesregierung unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts ihre indirekte Bestätigung: «Zwischen 1970 und 1979, in einer Zeit, in welcher der Westen ernsthafte Entspannungspolitik betrieb und seine Rüstungsausgaben zurückschraubte, hat die Sowjetunion in einem bisher nie gekannten Masse aufgerüstet und über 450 Milliarden US-Dollar – und damit fast 30 Prozent – mehr als die USA für militärische Zwecke ausgegeben. Allein im Jahre 1979 betrugen die sowjetischen Militärausgaben rund 220 Milliarden Dollar. Das sind ungefähr 50 Prozent mehr als die knapp 150 Milliarden Dollar der USA («Aspekte der Friedenspolitik», 1981). Gewisse Ignoranten in Politik und Medien sind auch in diesem Punkte eklatant widerlegt.

Gehandelt hat die sowjetische Führung unter Generalsekretär Gorbatschow in bezug auf die landgestützten Mittelstreckenraketen, indem sie 1987 der von den USA bereits Anfang der achtziger Jahre vorgeschlagenen Null-Lösung zustimmte. Mit dem Vertrag über die Intermediate Range Nuclear Forces (INF) hat sie auf mehr Einsatzmittel und vor allem mehr einsetzbare Sprengkörper verzichtet, als die USA besaßen. Die Preisgabe dieser Waffenkategorie war und ist freilich in strategischer Sicht sehr wohl ver- kraftbar, wie es der Schreibende 1981 in «Landesverteidigung in der Zukunft, Festschrift zum 175jährigen Bestehen der Offiziersgesellschaft Winterthur und Umgebung»

sowie 1986 in «Landesverteidigung 2010» (herausgegeben von Walter Wittmann) begründet hat. Die Sowjets behalten genügend Lenkwaffen – interkontinentale, die auch gegen europäische Ziele geschossen werden können, U-Boot-Lenkwaffen, Lenkwaffen kürzerer Reichweite – sowie Marschflugkörper und Bomber aller Art, um alle interessanten Ziele in Europa angreifen zu können. Andererseits bedeutet das Verschwinden der amerikanischen Mittelstreckenwaffen Pershing 2 und Tomahawk, deren hervorstechendes Merkmal höchste Zielgenauigkeit ist, also Einsetzbarkeit gegen militärische Punktziele, die Beseitigung einer für die Sowjets ernstzunehmenden militärischen Bedrohung.

Der sowjetische Afghanistan-Rückzug schliesslich drängte sich bei nüchterner Beurteilung dessen, was effektiv auf dem Spiele stand, und angesichts des unerquicklichen Verlaufes der Expedition buchstäblich auf.

Mit dem von Gorbatschow vor der UNO am 7. Dezember bekanntgemachten Beschluss der sowjetischen Führung, einseitig eine nicht unerhebliche Reduktion der konventionellen Kräfte vorzunehmen, ist nun Handfesteres zur Untermauerung des mehrfach verkündeten Willens geschehen, ordentliche Beziehungen zur übrigen Welt herzustellen und eine von Westeuropa und Amerika zu Recht als bedrohlich empfundene Situation zu korrigieren. Die Bedeutung dieses in Aussicht gestellten Schrittes kann jedoch nur abschätzen, wer sich über die strategisch entscheidenden Faktoren im klaren ist. Um wohl bedachte Folgerungen ziehen zu können, namentlich erkennen zu können, was das für die westliche Welt bedeutet, ist der Rückblick auf die Entwicklung in bezug auf die grundlegenden Faktoren seit 1945 unerlässlich.

Stabilität und Unstabilität nach 1945

Die Weltlage wird seit vierzig Jahren bald als verworren, als gefährvoll, als nicht voraussehbar in ihrer Entwicklung, bald als voll von

Herausforderungen, aber auch als chancenreich gekennzeichnet. Je nach Gesichtspunkt kann das alles zutreffend sein. Die Dinge sind in Entwicklung begriffen, und diese Entwicklung vollzieht sich vielfach in sehr viel rascherem Rhythmus als vor zwanzig, vor fünfzig oder vor hundert Jahren. Beschleunigte Entwicklung lässt sich in drei Bereichen feststellen: Im demographischen, der entscheidend ist für das Verständnis des Problems von Krieg und Frieden; in technischer sowie in wirtschaftlicher Hinsicht. Was den Verlauf der nationalen Grenzen, die geographische Verteilung der staatlichen Souveränität angeht, ist derzeit kein schneller Wandel zu beobachten. Das war anders während der ersten 25 bis 20 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese waren gekennzeichnet durch eine Art gewaltiger Neugliederung der Staatenwelt. Unzählige Staaten entstanden, erstmals oder aufs neue. Bei ihrer Gründung zählte die UNO 46 Mitglieder. 1965 umfasste die Weltorganisation 100 Staaten, und heute sind es 160.

Die hier angedeutete Veränderung der politischen Welt war bekanntlich die Folge des Zusammenbruchs des von den weissen Nationen namentlich im 19. Jahrhundert geschaffenen Kolonialsystems. Diesem versetzte der Zweite Weltkrieg den Todesstoss, aber bereits der Erste Weltkrieg hatte die Kolonialordnung zu erschüttern begonnen. Zwei selbstmörderische Kriege haben den Niedergang europäischer Macht nach sich gezogen, Europas Herrschaft über weite Teile der übrigen Welt gebrochen, die Grenzen, die die Kolonialmächte gezogen hatten, vielenorts in Frage gestellt und damit neue kriegerische Auseinandersetzungen begünstigt, die zum Teil noch im Gange sind.

Beachtlich ist mit dem Blick auf den demographischen Faktor die Tatsache, dass die weisse Rasse sich im Verlauf des letzten Jahrhunderts vervierfachte, die übrige Menschheit sich lediglich verdoppelte. Wenn Europa im besonderen seit vierzig Jahren weder versucht noch in der Lage ist, seinen politischen Einfluss durch militärisch abgestützten Druck über die ihm von der Geographie gesetzten Grenzen hinaus auszuweiten – europäische Kolonial-

mächte haben allerdings während rund zwanzig Jahren Rückzugsgefechte geliefert –, so nicht allein infolge der Mässigung, ja der Weisheit, die die vorangegangenen Ereignisse in Führung und Publikum gefördert hatten. Die demographischen Folgen der grossen Kriege dieses Jahrhunderts haben eine entscheidende Rolle gespielt, aber auch die demographischen Konsequenzen des seitherigen technischen und wirtschaftlichen Fortschritts mit dem durch ihn ermöglichten beispiellosen allgemeinen Wohlstand. Europa kennt aufs Ganze gesehen die galoppierende Demographie nicht mehr, die die kriegsfördernden Energien freigesetzt hatte. Zeuge der Bevölkerungsexplosion ist man nunmehr in der aussereuropäischen Welt.

Also besteht Anlass dazu, von rascher, ja stürmischer Entwicklung zu sprechen. Doch sind selbst in der vergleichsweise kurzen Zeitspanne seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges erhebliche Variationen im Rhythmus der Veränderung festzustellen. Ausserdem sind übertriebene Vereinfachungen zu vermeiden. Je nach Gesichtspunkt, je nach Raum, den man ins Auge fasst, bietet sich ein anderes Bild. Während Europa und Japan wirtschaftlich einen gewaltigen Sprung nach vorn gemacht haben, ist seit einiger Zeit im sozialistischen Lager eine gravierende Stagnation festzustellen. Und in manchen Ländern der Dritten Welt stellen sich ernste Probleme, obgleich die meisten oder fast alle im Verlauf der letzten Jahrzehnte auch Fortschritte erzielt haben.

Ungleiche Entwicklung

Vom Standpunkt der zwischenstaatlichen Beziehungen aus gesehen, drängen sich noch markantere Unterscheidungen auf. Die mit den 50er Jahren beginnende Periode ist für den industrialisierten Teil der nördlichen Hemisphäre durch grosse Konstanz gekennzeichnet, während wesentliche Teile Afrikas und Asiens als grundsätzlich unstabil erscheinen. Solches gilt auch für die Karibik und Zentralamerika. Zu betonen ist, was eigentlich ins Auge springen sollte, indessen zumeist vernachlässigt wird: die Tatsache,

dass der Krieg seit Jahrzehnten dort mehr oder weniger endemisch war, wo der Bevölkerungszuwachs am stärksten war: Nordafrika und Mittlerer Osten, Asien, besonders Südostasien. Das ist wohl kein Zufall. Wie die Geschichte lehrt, kommt es eher selten vor, dass Nationen, deren Bevölkerung stabil ist, sich in kriegerische Abenteuer stürzen und diese längere Zeit durchhalten. Demgegenüber besteht eine Prädisposition zum militärischen Abenteuer, wenn die Bevölkerung übermässig zunimmt, wenn man über ein beträchtliches Kontingent an jungen vor allem Männern verfügt, für die eine Beschäftigung schwer zu finden ist. Während des Jom-Kippur-Krieges 1973 meinte der ägyptische Generalstabschef El Schasli achselzuckend, als ihn ein Interviewer auf die grossen Verluste hinwies, die Ägypten im Kampf erleide, in Ägypten würden täglich soundsovieler Kinder geboren ... Das Fazit lautet, dass nur unter den beschriebenen demographischen Bedingungen die Demagogen die Menge für den Krieg begeistern können, man dann bereit ist, die Revolution ins Ausland zu tragen, und Cäsaren auf den Plan treten, die unter Applaus zur Eroberung aufrufen, mögen sie Napoleon I. oder III., Wilhelm II., Mussolini, Hitler, Nasser oder Khomeini heissen, nicht zu reden von den Führern der germanischen Stämme, die Rom überfluteten, den Kreuzfahrern, die Byzanz erschütterten, von Gengis Khan oder Tamerlan ...

Gewiss, monokausale Deutungen sind gefährlich. Andere Faktoren sind ebenfalls bedeutsam. Damit die latente Prädisposition zur Anwendung von Gewalt in grösserem Stil zu kriegerischen Zwecken ausgenutzt werden kann, sind bestimmte Anschauungen, ideologische Strömungen, gesellschaftliche Voraussetzungen erforderlich, müssen bestimmte Persönlichkeiten verfügbar sein. Machiavelli hat bemerkt, dass die grossen Gestalten der Geschichte dazu geworden seien durch die Gunst von Umständen, die ihre besonderen Eigenschaften verlangten. Was wäre, ohne die Französische Revolution, aus Napoleon geworden? Wer würde sich an Winston Churchill erinnern, hätte der Zweite Weltkrieg dem britischen Parlament

nicht gebieterisch nahegelegt, die Leitung der Geschicke Englands einem 66jährigen Mann anzuvertrauen, dessen Charakterstärke und Genie ihn zuvor von der höchsten Verantwortung eher ferngehalten hatten. Adolf Hitler wäre, ohne den Ersten Weltkrieg und den sich daraus ergebenden Marasmus in Deutschland, ein unbekannter Versager geblieben. Und ohne die revolutionäre Gärung in Russland zu Anfang des Jahrhunderts wäre Josef Stalin vielleicht orthodoxer Priester geworden ...

Die Atomwaffe – Faktor der Stabilität

Allein das genügt nicht, um die Entwicklung seit 1945 zu erklären. Ein militärischer Faktor von wirklich strategischer Tragweite hat dazu beigetragen, die zwischenstaatlichen Beziehungen unter bestimmten Voraussetzungen zu verändern. Gemeint ist die Atomwaffe. General Beaufre hat in «Dissuasion et Stratégie» die Folgen der Bereitstellung dieser Waffe wie folgt umschrieben: «Denn in der Tat beruhte die Strategie vor dem Atomzeitalter mehr oder weniger ausdrücklich auf einer positiven Fähigkeit, der Fähigkeit zu siegen, das heisst nicht nur seinen Willen durchsetzen zu können, sondern dieses Resultat mit dem Blick auf die Vorteile des Sieges auf relativ günstige Weise zu erreichen. Mit der Nuklearwaffe kommt es zu einem völlig neuen Phänomen: Wie immer der Kampf ausgeht, werden Sieger und Besiegter – wenn es diese Unterscheidung noch gibt – den untragbaren Preis der atomaren Zerstörungen bezahlen müssen, weil man sich dagegen nicht wirksam schützen kann. Daher versucht man das politische Ziel nicht mehr durch den militärischen Sieg, eine nunmehr zu gefährliche positive Fähigkeit, zu erreichen, sondern durch die indirekte Aktion dank der Lähmung des Gegners, also durch eine negative Kapazität, die es erlaubt, die grosse Kraftprobe zu vermeiden, also durch die Abschreckung.»

Angeichts des neuen Faktums, um das es sich bei der Atomwaffe handelt, haben die politischen und militärischen Verantwortlichen nach

und nach so ziemlich überall begriffen, dass der Krieg entweder zu gefährlich geworden ist oder dass seine Ausdehnung und Intensität begrenzt werden müssen, um die Eskalation auf die nukleare Ebene zu verhindern. Der «fait nucléaire» und die neue Form von Abschreckung, die er hervorgebracht hat, haben Aussenpolitik und Strategie tiefgreifend beeinflusst.

Durchaus so beeindruckend wie der schnelle Wandel der letzten über 40 Jahre in vieler Hinsicht nimmt sich die Stabilität der aussenpolitischen Verhältnisse dort aus, wo sich die USA und die Sowjetunion direkt gegenüberstehen. In Europa stehen die Grenzen seit Kriegsende – oder unmittelbar danach – fest. Die den Osten vom Westen trennende Linie deckt sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit dem Frontverlauf 1945. Was als Waffenstillstandslinie, als Provisorium gedacht war, ist zur Grenze erstarrt, die niemand offen in Frage stellt. Ohne das Endziel der Wiedervereinigung Deutschlands aufzugeben, hat die Bundesrepublik die vollendete Tatsache der Schaffung eines ostdeutschen Staates akzeptiert. Und die Westeuropäer betrachten die sowjetische Herrschaft über Osteuropa mittlerweile als etwas so Selbstverständliches, dass ihnen bei Diskussionen über den Friedenswillen der sowjetischen Führung nicht einmal auffällt, dass die Sowjetunion einen einfachen Tatbeweis liefern könnte, indem sie den osteuropäischen Nationen ihre Freiheit zurückgäbe. Und das wäre unter Bedingungen möglich, die dem vielbeschworenen Sicherheitsbedürfnis Russlands sehr wohl Rechnung trügen. Diese eindeutig feststellbare grundlegende Stabilität der Grenzen und der nationalen Machtverteilung in Europa ist natürlich nicht nur auf einen Faktor zurückzuführen, verschiedene spielen mit. Doch ist der nukleare Faktor ohne Zweifel sehr wesentlich.

Im Lichte dieser Darlegungen sollte deutlich werden, wie leichtfertig jene handeln, die die Forderung nach Beseitigung aller Atomwaffen erheben, handle es sich dabei um Politiker, Journalisten oder sonstige Zeitgenossen. Eine allgemeine atomare Abrüstung, wie sie Generalsekretär Gorbatschow mindestens verbal an sein Panier geheftet hat,

wäre, um mit General Beaufre vor mehr als zwanzig Jahren zu sprechen, «une catastrophe épouvantable». In einer in voller demographischer Entwicklung befindlichen Welt, in einer Welt voller Widersprüche, wie die Marxisten sagen würden, in der weniger die Verteilung der Ressourcen als der Infrastrukturen, wirtschaftlichen Kenntnisse und Fertigkeiten ungleich ist, in welcher die politischen Strukturen dem Gebot der Stunde oft keineswegs entsprechen, würde das Verschwinden der atomaren Bedrohung die Ausweitung lokaler und regionaler Kriege ermöglichen, ja begünstigen. Damit würde sich die Gefahr des Ausbruchs des allgemeinen Krieges im Sinn derjenigen von 1914 bis 1918 und 1939 bis 1945 wieder ernsthaft erheben.

Die jetzige konventionelle Lage in Europa

Vor diesem Hintergrund muss auch die Frage der konventionellen Rüstung und Abrüstung gerade im europäischen Raum beurteilt werden. Das Interesse gilt im Augenblick wohl primär den Aussichten auf einen Abbau der konventionellen Potentiale, die namentlich wegen einer veränderten sowjetischen Haltung entscheidend besser scheinen als je in den letzten Jahrzehnten. Doch um Chancen, Natur und Auswirkungen konventioneller Abrüstung in Europa erkennen und beurteilen zu können, ist Klarheit über die heutigen Mittel und die daraus resultierenden Möglichkeiten der hier präsenten Mächte nötig.

Europa ist der Raum, in dem die meisten, die stärksten und die modernsten konventionellen Kräfte konzentriert sind. Dieser Zustand ist die Folge des politisch-ideologischen Gegensatzes zwischen den westlichen Demokratien und der eurasischen Kontinentalmacht Sowjetunion, der bald nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges offenzutage trat. Das Auseinanderbrechen der Kriegsallianz zwischen den USA und Grossbritannien einerseits, der Sowjetunion andererseits, war gewiss auch auf Missverständ-

nisse und bestimmte amerikanische Massnahmen zurückzuführen. Das war jedoch nicht entscheidend. Entscheidend war vielmehr russisch-kommunistischer Machtwille, der sich in der politischen Gleichschaltung der im Zuge der Operationen gegen die deutsche Wehrmacht okkupierten osteuropäischen Staaten und der Aufrechterhaltung beziehungsweise der Stationierung bedeutender militärischer Kräfte in Osteuropa manifestierte.

Das aus diesem Gegensatz, verschärft durch Grossmachtrivalität zwischen den USA und der Sowjetunion, resultierende Wettrüsten, das mit dem Koreakrieg richtig einsetzte, wirkte sich, geographisch gesehen, in erster Linie auf Europa aus, und zwar wegen der politischen und wirtschaftlichen Bedeutung des alten Kontinentes für beide nuklear gerüstete Grossmächte, insbesondere für die Sowjetunion, und weil sich diese beiden Mächte hier, genauer im geteilten Deutschland, unmittelbar mit Truppen gegenüberstehen. Der bedrohliche Charakter dieser Konfrontation wurde ab den fünfziger Jahren unterstrichen durch die Bereitstellung von Atomwaffen in Europa selbst.

Bemerkenswert ist, dass die konventionelle Präsenz der Sowjetunion in Osteuropa in den letzten 35 Jahren Schwankungen aufweist. Ende der fünfziger Jahre, als der massgebende Mann Nikita Chruschtschow hiess, reduzierte die Sowjetunion ihre Landstreitkräfte um fast vierzig Divisionen, wovon 16 in europäischen Ländern und Fernost stationierte. Chruschtschow hatte dafür gute Gründe – zum Teil die gleichen wie heute Gorbatschow! Erstens sank Ende der 50er Jahre die Zahl der Jungen im Rekrutenalter – Folge der enormen Verluste durch Stalins Säuberungen und im Zweiten Weltkrieg –, und zweitens wollte man Einsparungen erzielen. Die zur selben Zeit angelaufene Aufrüstung der Sowjetunion in bezug auf atomar bestückte Raketen versprach in den Augen der damaligen politischen Führung mehr Macht und Einfluss zu geringeren Kosten. Die sowjetische Militärdoktrin setzte den Akzent nun klar auf die Atomwaffen, von denen man in einem Krieg, den der Imperialismus entfesseln würde, die Entscheidung erwartete.

Die Breschnew-Ära

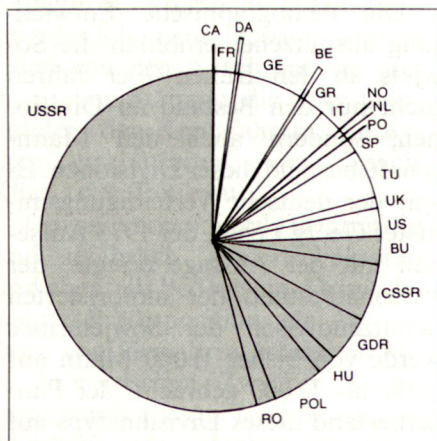
Im Herbst 1964 stürzte Chruschtschow. Die neue Führung, aus der Leonid Breschnew bald als der starke Mann herausragte, leitete eine Aufrüstung ein, die dadurch gekennzeichnet war, dass sie sämtliche Sparten beschlug. Das nuklear-strategische Instrument – die land- und seegestützten ballistischen Lenkwaffen – wurde rasch und massiv modernisiert und ausgebaut. Hatte die Sowjetunion Mitte der 60er Jahre bloss rund 330 Abschussvorrichtungen für Lenkwaffen, die das amerikanische Territorium erreichen konnten, so waren es sieben Jahre später, als ein Abkommen über die Begrenzung der offensiven Lenkwaffen mit den USA abgeschlossen wurde (SALT I), 2358, die 1972 operationell oder im Bau waren. Diese Zahlen haben die Sowjets damals selber bestätigt, damit die offiziellen amerikanischen Angaben bekräftigend. Die sowjetische Lenkwaffenstreitmacht weist immer noch etwa diese Stärke auf. Auch Flotte und Luftwaffe wuchsen und wurden modernisiert. Besonders auffallen musste indessen die Entwicklung bei den zuvor beträchtlich verminderten Landstreitkräften.

Die demographische Entwicklung ausnützend, erhöhten die Sowjets ab den frühen 70er Jahren nicht nur den Bestand an Divisionen, sondern auch den Mannschaftsbestand dieser Divisionen. Es war der deutsche Verteidigungsminister Georg Leber, der 1973 Aufsehen mit der Aussage erregte, der Personalbestand der motorisierten Schützendivision der Sowjetarmee werde von bisher 11 000 Mann auf mehr als 13 000 gebracht, der Panzerbestand dieses Divisionstyps auf rund 270 Kampfpanzer erhöht, während der Sollbestand der Panzerdivision statt rund 9 000 nun 11 000 Mann betrage.

Als Ergebnis dieser systematischen Verstärkung der Landstreitkräfte umfassen die sowjetischen Streitkräfte jetzt 200 Divisionen, darunter etwa 150 motorisierte Schützendivisionen und 50 Panzerdivisionen, wozu noch 9 Luftlandedivisionen kommen. Die Sowjetstreitkräfte zählen insgesamt 1988 mehr als 5 Millionen Mann – gegen-

Kampfpanzer (Atlantik bis Ural)

Land	Bestand pro Land
Belgien	320
Kanada	60
Dänemark	228
Frankreich	1250
BRD	4330
Griechenland	1420
Island	–
Italien	1500
Luxemburg	–
Niederlande	750
Norwegen	117
Portugal	66
Spanien	866
Türkei	3000
Grossbritannien	717
USA	1800
Bulgarien	1800
CSSR	3800
DDR	3000
Ungarn	1300
Polen	3400
Rumänien	1200
UdSSR	37 000



□ NATO ■ WAPA

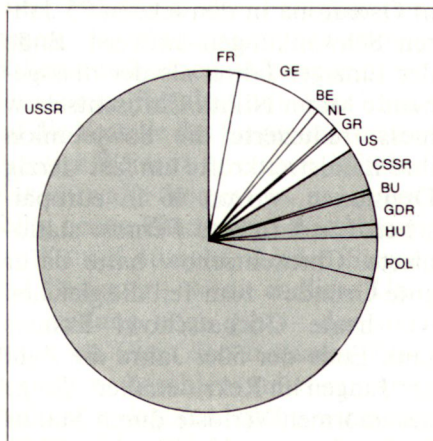
Quelle: Nato-Dokument vom 25. November 1988 «Conventional Forces in Europe: The Facts»

über 3,4 Millionen Mitte der 60er Jahre.

Nachteilig auf die Stabilität, aber auch auf die Chancen der seit den frühen 70er Jahren bezüglich der konventionellen Kräfte im Gang befindlichen Rüstungskontrollbestrebungen wirkte sich die grund-

Kampfschützenpanzer

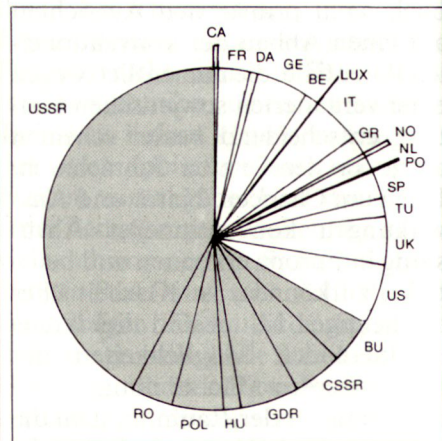
Land	Bestand pro Land
Belgien	208
Kanada	–
Dänemark	–
Frankreich	750
BRD	1 960
Griechenland	100
Island	–
Italien	–
Luxemburg	–
Niederlande	585
Norwegen	–
Portugal	–
Spanien	–
Türkei	–
Grossbritannien	–
USA	550
Bulgarien	100
CSSR	1 100
DDR	800
Ungarn	300
Polen	1 100
Rumänien	–
UdSSR	19 000



gende Divergenz zwischen dem aus, was militärisch und bewaffnungsmässig bei den Sowjets einerseits, den USA und ihren Verbündeten andererseits in den 70er Jahren vor sich ging. Während die Sowjets kontinuierliche Anstrengungen erbrachten, ja die Militärausgaben real ziemlich regelmässig erhöhten, sanken die amerikanischen Anstrengungen, soweit für den europäischen Schauplatz bedeutsam,

Weitere Panzerfahrzeuge

Land	Bestand pro Land
Belgien	1 378
Kanada	400
Dänemark	787
Frankreich	3 100
BRD	5 480
Griechenland	1 753
Island	–
Italien	4 900
Luxemburg	5
Niederlande	1 435
Norwegen	356
Portugal	269
Spanien	2 740
Türkei	1 700
Grossbritannien	5 048
USA	6 000
Bulgarien	4 300
CSSR	5 000
DDR	5 700
Ungarn	1 700
Polen	5 100
Rumänien	4 200
UdSSR	45 000



während des Vietnamkrieges, und in dessen Gefolge auch absolut. Hatten die amerikanischen Militärausgaben 1970 7,8 Prozent des Bruttosozialproduktes entsprochen, so waren es 1975 5,6 Prozent und 1979 4,7 Prozent. Den sowjetischen Anteil am Bruttosozialprodukt zu beziffern, war bisher immer schwierig, aber nach allen seriösen Schätzungen betrug er in den 70er und 80er Jahren regelmässig mehr als 11 Prozent und

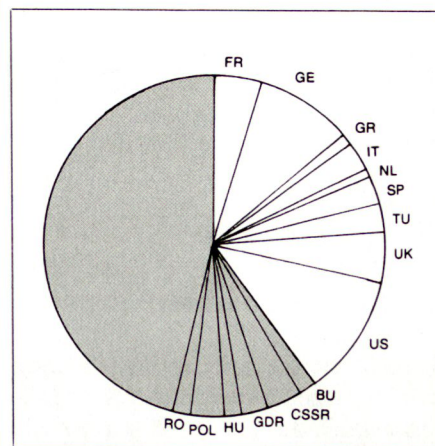
Panzerabwehr (Lenkwaffen und Kanonen)

Land	Bestand pro Land
Belgien	518
Kanada	45
Dänemark	330
Frankreich	1 460
BRD	1 710
Griechenland	2 267
Island	—
Italien	2 200
Luxemburg	6
Niederlande	674
Norwegen	550
Portugal	362
Spanien	1 222
Türkei	2 400
Grossbritannien	1 196
USA	3 300
Bulgarien	500
CSSR	2 000
DDR	1 700
Ungarn	800
Polen	2 000
Rumänien	700
UdSSR	36 500

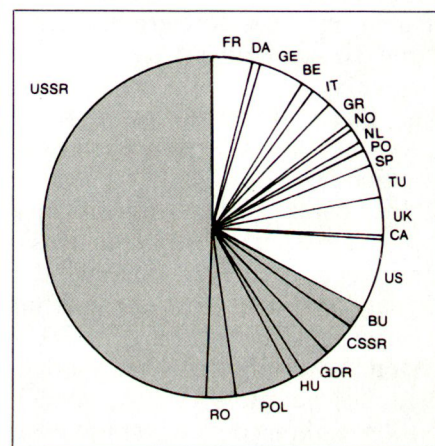
Artillerie (Rohre ab Kaliber 100 mm)

Land	Bestand pro Land
Belgien	248
Kanada	35
Dänemark	542
Frankreich	780
BRD	2 220
Griechenland	1 752
Island	—
Italien	2 100
Luxemburg	—
Niederlande	667
Norwegen	522
Portugal	260
Spanien	1 038
Türkei	2 800
Grossbritannien	394
USA	1 100
Bulgarien	2 000
CSSR	2 100
DDR	1 700
Ungarn	800
Polen	2 500
Rumänien	1 300
UdSSR	33 000

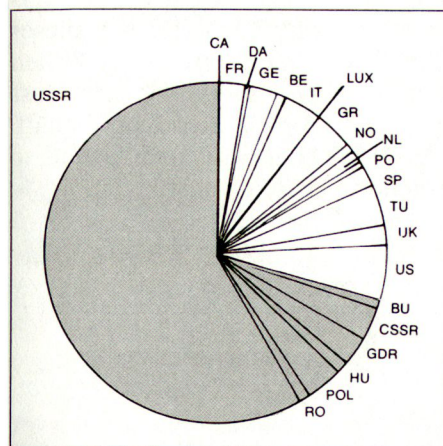
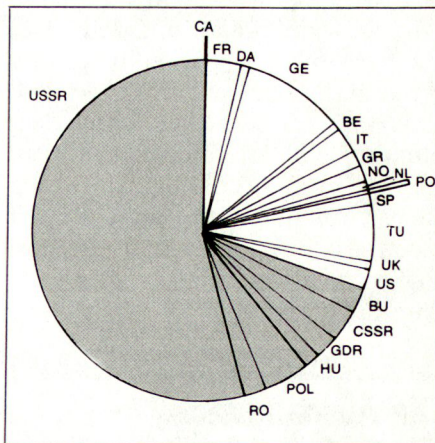
Helikopter



Flieger



Fliegerabwehr



eher 14 bis 17 Prozent. Die Bemerkung der oben zitierten offiziellen deutschen Publikation von 1981 (Aspekte der Friedenspolitik) wird in diesem Lichte verständlich: «Es ist offensichtlich, dass vor allem die sowjetische Bevölkerung darunter leidet, wenn in der UdSSR die Militärausgaben in jedem Jahr real stärker steigen als das Bruttosozialprodukt.» Die NATO raffte sich in den 70er Jahren, alarmiert durch den mit

Händen zu greifenden Rüstungsvorsprung, den die Sowjets gewannen, auf und beschloss, die Militärausgaben jährlich um real drei Prozent zu erhöhen. Obwohl dieses Ziel nie von allen Mitgliedstaaten erreicht wurde, wurden natürlich Verbesserungen erzielt, ohne dass die Grundtatsache sowjetischer konventioneller Überlegenheit – in bestimmten Bereichen enormer Überlegenheit – geändert worden wäre.

Was waren die Beweggründe der sowjetischen Führung? Baute man das militärische und insbesondere das konventionelle Potential in der Absicht in solchem Ausmass und Rhythmus aus, eine politisch auswertbare Überlegenheit zu gewinnen, also im Blick auf militärisch durchzusetzende politische Ziele? Das Engagement der Sowjetunion in verschiedenen Krisengebieten der Welt, Mittlerer Osten, Afrika, Süd-

ostasien, mit massiven Waffenlieferungen, dem Einsatz von Beratern, der Benützung von Marinestützpunkten und, nicht zuletzt, dem Einsatz eines kubanischen Expeditionskorps in Afrika weist in diese Richtung. Vor allem aber der Überfall auf Afghanistan scheint diese Deutung zu bestätigen. Denn aus defensiven Rücksichten liess sich der Griff nach diesem Land nicht rechtfertigen, was immer die sowjetische Propaganda verbreitet hat. Man fühlte sich offensichtlich Ende der 70er und zu Beginn der 80er Jahre so stark, dass man offensive Ziele recht rücksichtslos verfolgte. Es wäre naheliegend anzunehmen, man habe solche erweiterte Handlungsfreiheit mit der forcierten Aufrüstung bewusst angestrebt. Andere Motive spielten gewiss auch mit – das alte Minderwertigkeitsgefühl gegenüber Amerika etwa, ein im Zarenreich wie in der Sowjetunion feststellbares Sicherheitsbedürfnis, das erst befriedigt ist, wenn Russland Überlegenheit erlangt hat, oder Eigengesetzlichkeiten, die sich in grossen bürokratischen Apparaten zeigen. Unglaublich ist aber jedenfalls jene Interpretation, wonach die Verstärkung der konventionellen Kräfte und der prononcierte Aufmarsch gegen Westeuropa, die Bundesrepublik im besonderen, einer Angst vor der NATO und den Amerikanern entsprungen sei. Raymond Aron hat seinerzeit schon gezeigt, dass die amerikanische Technik dem Russland Stalins sicher Eindruck machte, ihn und die Seinen jedoch nicht einschüchterte. Angst, meinte Aron, habe Stalin einmal empfunden, nämlich als Hitlers Heere vor Moskau standen.

Die Ausgangslage für Verhandlungen zwischen West und Ost

Bei den nun vorgesehenen Verhandlungen zwischen NATO und Warschauer Pakt über die konventionellen Rüstungen zwischen Atlantik und Ural bilden die eben umrissenen zwei Jahrzehnte sowjetischer Aufrüstung – und natürlich die in eben dieser Zeit im westlichen Potential eingetretenen Veränderungen – den entscheidenden Hin-

tergrund. Wie sich das Kräfteverhältnis bei den massgebenden Waffenkategorien präsentiert, verdeutlichen die der von der NATO Ende 1988 veröffentlichten Übersicht «Conventional Forces in Europe: The Facts» entnommenen Tabellen. Die Angaben beziehen sich auf den geographischen Raum, der vom atlantischen Ozean bis zum Ural-Gebirge reicht. Die Angaben stellen eine Aussage des NATO-Bündnisses dar, eines Bündnisses von Demokratien (auch wenn zeitweilig in Griechenland und der Türkei Obri- sten und Generäle das Zepter führten, ist die NATO fundamental ein freies Bündnis von Demokratien!). Soweit sie durch später abgeschlossene Verträge mit der Sowjetunion – SALT 1972 und 1979 oder der INF-Vertrag von 1987 –, überprüft wurden, haben sich die entsprechenden Angaben der USA und/oder der NATO immer als realistisch, zuverlässig erwiesen. Wer den Einwand erhebt, das sei die Sicht des Westens, macht sich denn auch bestenfalls lächerlich.

Im Lichte dieser Angaben, aber auch der Entwicklung seit Chruschtschow wird eine objektive Würdigung des von Generalsekretär Gorbatschow angekündigten einseitigen Abrüstungsschrittes möglich. Der Generalsekretär verspricht, dass die Sowjetunion in naher Zukunft ihren Gesamtpersonalbestand um 500 000 Mann reduzieren, 10 000 Panzer beseitigen und 6 Panzerdivisionen aus drei osteuropäischen Ländern – DDR, CSSR und Ungarn – abziehen werde. Überdies sollen Luftlande- und Genieverbände in Osteuropa verschwinden. In Aussicht gestellt wird endlich, dass die vorgeschobenen Kräfte der Sowjetunion anders strukturiert werden sollen, so dass ihre Angriffsfähigkeit eingeschränkt würde.

Damit macht die Sowjetunion ohne Zweifel beachtliche Konzessionen im Sinn dessen, was der Westen schon lange – im Blick auf Verhandlungen – verlangt hat. Den Westen beunruhigte in neuerer Zeit namentlich – neben der eindeutig gegebenen Angriffsfähigkeit – die Fähigkeit der sowjetischen Kräfte in Osteuropa – 30 Divisionen und zusätzliche Verbände – sowie in den westlichen Militärbezirken zum Angriff nach sehr kurzer Vorbereitung

und mit begrenztem Ziel. Darauf wird mit dem von Gorbatschow bekannt gegebenen Beschluss eingegangen – und doch wohl gleichzeitig bewiesen, dass derartige westliche Bedenken nicht gänzlich unbegründet waren! Das kann als Indiz dafür gewertet werden, dass die jetzige sowjetische Führung mit ernstesten Absichten in die bevorstehenden Verhandlungen eintreten wird.

Das heisst nun aber keineswegs, dass die Sowjetunion ihre militärische Macht drastisch beschneiden wolle. Sie will unter dem Druck evidenter Notwendigkeiten wie Freisetzen von in den Streitkräften gebundenem Personal, auch mit Rücksicht auf einen Rückgang der Rekrutenjahrgänge, vor allem des russischen Kontingentes, und Einsparen finanzieller Mittel die Streitkräfte redimensionieren. Führende sowjetische Militärs treten dafür ein, nicht zuletzt weil sie darin die Voraussetzungen sehen, das Material weiterhin modernisieren zu können. Vor allem muss die enorme Last der militärischen Aufwendungen abgebaut werden, sollen die serbelnde Wirtschaft und namentlich die Versorgung der Bevölkerung verbessert werden.

Man steht somit am Anfang eines Prozesses, der die potentielle Bedrohung in Europa und für Europa vermindern soll. Das Erreichen dieses Zieles setzt nicht nur guten Willen der Sowjets voraus, sondern dass man in Europa kühlen Kopf behält. Die NATO hat gar keinen Grund zu irgendwelchen Vorleistungen.